

Europäische Identitäten. Nationalismen und (Sprach)barrieren

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Sehr geehrte Festgäste!

Vielen Dank für die ehrenvolle Einladung zu diesem Festvortrag. Das Thema – ‚Europäische Identitäten. Nationalismen und Sprachbarrieren‘ - ist angesichts der vielen, widersprüchlichen globalen und europäischen, ja sogar regionalen Entwicklungen nicht ganz zufällig entstanden. Zurzeit unterrichte ich nämlich in Nordengland an der Lancaster University, knapp südlich der *Hadrian's Wall*, vielleicht der künftigen Grenze zwischen England und Schottland. Ich beobachte und erlebe daher Identitätskonstruktionen, Identitätskonflikte und entsprechende Sprachbarrieren sowohl von außen, wenn ich von Lancaster nach Wien und auf den sogenannten *Continent* – oder wie manche Engländer zu sagen pflegen – *overseas* blicke, wie auch von innen, innerhalb von Großbritannien und dem mit Spannung erwartetem Referendum 2014 zur schottischen Selbständigkeit. Natürlich beobachte ich gleichzeitig Österreich: sowohl von innen wie von außen.

Als Sprachsoziologin interessieren mich natürlich ‚Sprachbarrieren‘ und deren Ursachen. Sprachbarrieren bestehen also nicht nur zwischen Nationalsprachen, zwischen Deutsch, Englisch, Polnisch oder Kroatisch. Sprachbarrieren bestehen auch bei mangelndem Verstehen **innerhalb einer Sprache; oder bei der Unmöglichkeit** zwischen verschiedenen Positionen und Interessen innerhalb der Europäischen Union zu vermitteln: Etwa zwischen den ‚Kernländern‘ einerseits, dem erweiterten Kreis von Mitgliedsländern andererseits; zwischen Nord und Süd, kleinen und großen, reichen und armen Ländern; zwischen Schengen und Nicht Schengen; zwischen ‚altem‘ und ‚neuem‘ Europa; und auch zwischen

EURO Ländern und Ländern ohne EURO; Ländern, die bei der NATO sind, und solchen, die es (noch) nicht sind; usw.

Angesichts all dessen stellt sich die Frage: **Quo vadis, Europa?** Also wohin gehst Du, Europa? Noch deutlicher: Wohin willst Du gehen? Vielleicht auch: Wohin sollst Du gehen?

Lassen Sie mich mit einigen persönlichen Erlebnissen beginnen: Seit vielen Jahren verbringe ich meinen Urlaub auf einer kroatischen Insel in der Nähe von Zadar. Immer wieder zieht es mich in den Süden, wo ich schon als Kind mit meinen Eltern jedes Jahr den Sommer in Dalmatien, in Dubrovnik, Rovinj oder Korčula verbringen durfte – damals noch in Jugoslawien. Heuer war vieles anders, denn zum ersten Mal mussten wir nicht lange an der Grenze warten, wir wurden praktisch durchgewunken; denn: Kroatien ist seit 1. Juli der 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union geworden; und Kroatisch damit zur 24. offiziellen Sprache der Europäischen Union.

Wir hatten die Gelegenheit mit vielen Menschen, die wir seit Jahren an unserem Urlaubsort kennen, über den Beitritt zu sprechen und zu diskutieren; häufig übrigens auf Deutsch, da diese als ehemalige GastarbeiterInnen in den 60er und 70er Jahren gut Deutsch gelernt hatten: über ihre Befürchtungen, Wünsche und Hoffnungen. Wie nicht anders zu erwarten, fürchten viele eine Teuerung. Andere freuen sich über die ihnen nun offenstehende Mobilität und potentielle Arbeitsplätze an anderen Orten innerhalb der EU. Und wieder andere trauern Jugoslawien, als einstigem ideologischem und nationalem Zusammenhalt, nostalgisch nach – ‚damals, als alles noch „besser“ war‘! Manche hingegen befürchten den Verlust nationaler Souveränität, während andere befreundete Nachbarn meinten, man müsse ja den globalen Kräften endlich etwas entgegen

setzen – nämlich ein geeintes Europa; ansonsten bestünde die Gefahr, von den USA, einem erstarkten Südamerika, China, Russland, Indien oder Afrika überrollt zu werden. Die Europäische Union also als gewaltige Projektionsfläche für ganz widersprüchliche Erwartungen, Hoffnungen, Befürchtungen und Ängste, die natürlich auf kollektiven und auch individuellen, oft überlieferten Erfahrungen beruhen!

Kann man also diese Entwicklung als eine **große Erfolgsstory der Europäischen Union** begreifen? Fast 20 Jahre nach Ende des schrecklichen Krieges und Genozids am Balkan, einem Krieg **in** Europa – also vor unserer Haustür, eigentlich fast **im Haus!** **Die Europäische Union als solidarisches Friedensprojekt**, wie von Winston Churchill oder Robert Schuman herbeigesehnt, also gelungen? Hat die Europäische Union den **Friedensnobelpreis** zu Recht erhalten? Können wir uns jetzt auf den Lorbeeren ausruhen?

Oder ist der Friedensnobelpreis angesichts der riesigen Herausforderungen durch die Finanz- und Eurokrise, der wachsenden Nationalismen und Rassismen innerhalb der Mitgliedsstaaten als wichtige Mahnung zu verstehen? Als Mahnung, sich der europäischen Friedensmission, der – wie es Thorbjørn Jagland in Oslo am 10. Dezember 2012 anlässlich der Nobelpreisfeier formulierte – **grenzüberschreitenden Solidarität** und grundlegender, in der europäischen Verfassung festgeschriebener **Menschenrechte** verstärkt und konsequent zu besinnen? Und natürlich auch danach zu trachten, diese Menschenrechte zumindest in den europäischen Mitgliedsstaaten durchzusetzen und zu überwachen?

In meinen heutigen Ausführungen kann ich natürlich nicht alle Aspekte europäischer Identitätskonstruktionen, die vielen nationalen und transnationalen Narrative und deren Wandel im Detail erfassen. Vielmehr will ich hier vor allem **vier Widersprüche** aufzeigen, mit denen wir alle und die Politik insbesondere konfrontiert sind:

Einerseits beobachten wir erfolgversprechende, wenn auch langwierige Verhandlungen zur Erweiterung der Europäischen Union und auch gerade erfolgte Erweiterungen (Kroatien), andererseits eine **Zunahme an Euroskepsis** in allen Mitgliedsstaaten. Momentan liegt die Zustimmung zur EU auf einem historischen Tiefpunkt von durchschnittlich 31%. Euroskeptische Parteien erfreuen sich großen Zuspruchs; Hauptangriffspunkte bilden – so der Tenor solcher Parteien, wie der UKIP in Großbritannien, der Front National in Frankreich, der Schweden Demokraten und verwandter österreichischer Parteien – u.a. der aufgeblähte europäische Verwaltungsapparat, die als zu lax empfundenen Einwanderungsbestimmungen und die aufwendige finanzielle Unterstützung der Krisenländer.

Zum zweiten Widerspruch: Der Vertrag von Lissabon 2009 beinhaltet die **Menschenrechts-Charta**; diese schreibt im § 41 die Gleichbehandlung aller Bürger und Bürgerinnen unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion, Kultur, und Sprache fest. Wir aber erleben gerade eine zunehmende Verrohung der politischen Kultur in nationalen politischen Institutionen. Denken Sie etwa an die rassistischen Beschimpfungen gegen die italienische Integrationsministerin (sie stammt ursprünglich aus Kenia) durch Parlamentsabgeordnete der Berlusconi Partei und der Lega Nord (sie wurde unlängst sogar mit Bananen beworfen); oder an die ernstgemeinte Forderung, in Zukunft ungarische Abgeordnete jüdischer Herkunft aufzulisten, die ein

Abgeordneter der Jobbik-Partei, ein Diplomat, vor wenigen Monaten im ungarischen Parlament explizit erhoben hat. In allen Fällen zeitigte eine solche Rhetorik der Ausgrenzung keine unmittelbaren Folgen, keine Rücktritte oder Ausschlüsse, nicht einmal ernsthafte Verwarnungen oder deutlich vernehmbare Abmahnungen vor einem Ausschluss. Handelt es sich etwa um eine opportunistische Anpassung vieler Mainstream Parteien an rechtspopulistische Forderungen, aus Angst WählerInnen zu verlieren?

Noch zwei weitere Widersprüche will ich hier anführen: Einerseits fordern Dokumente zur europäischen Sprachenpolitik eine generelle Unterstützung und Verbreitung von **Mehrsprachigkeit**: jeder Europäer sollte neben seiner Muttersprache noch zwei andere Sprachen lernen/ sprechen. Für die höhere Bildung gilt als Ziel, dass jeder Europäer neben der Staatssprache und der *lingua franca* Englisch noch zwei Sprachen lernen soll. Dies würde, so die Meinung der Kommission, nicht nur den traditionellen europäischen Werten sozialer Gerechtigkeit und dem Slogan *unity in diversity* entsprechen, sondern auch genuin wirtschaftlichen Interessen. National wird aber von Zuwanderern aus Drittstaaten der Erwerb der Nationalsprache gefordert und gefördert, ungeachtet der offiziellen europäischen Postulate. D.h., dass trotz und vielleicht gerade wegen der zunehmenden Globalisierung, der anzustrebenden Mobilität und Internationalisierung eine Rückkehr zum Nationalstaat stattfindet, eine Rückkehr zu einem anachronistischen Konzept der ‚Muttersprache‘.

Letztlich – und der folgende Widerspruch hängt mit den schon genannten zusammen – sind wir mit ganz unterschiedlichen, ja **konträren Identitätskonzeptionen** konfrontiert: mit Forderungen nach einer solidarischen EU, wie es bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU zu vernehmen war; oder mit Forderungen nach einer nur ökonomisch

zusammengehaltenen EU, wie vom britischen Premier David Cameron in einer Rede zur EU am 23. Jänner 2013 betont; mit Forderungen nach einer ausschließlich kulturell definierten EU, in der sogenannten „abendländischen Tradition“, wie von manchen rechtspopulistischen Parteien, etwa von Geert Wilders von der holländischen Freiheitspartei oder von Jaroslaw Kaczynski von der polnischen Recht und Gerechtigkeitspartei formuliert; und schließlich mit Forderungen nach einer verfassungspatriotischen europäischen Identität mit einer starken zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit, von Jürgen Habermas vorgeschlagen. Es gibt naturgemäß noch viele andere Narrative, die ich aber jetzt aus Zeitgründen nicht ausführen kann.

Ich komme nun ausführlicher zum **ersten genannten Widerspruch** – zwischen einem Streben nach EU-Erweiterung und wachsender EU-Skepsis:

Rezente Eurobarometer Umfragen von 2012 in Deutschland, Spanien, Polen, Italien, Frankreich und Großbritannien zeigen auf, dass die Mehrzahl der jeweiligen Bevölkerung jedwedem Vertrauen in die Europäische Union und ihre Politik verloren hat: so berichtet das britische Qualitätsblatt *The Guardian* am 24. April 2013 unter anderem, dass in Polen 2012 42 % den Glauben an die EU verloren haben (das ist ein Anstieg um 24% seit 2007), in Großbritannien handelt es sich derzeit um 69%, also um einen Anstieg der Euroskeptiker von 20% seit 2007 und in Spanien gar um 72%, das ist ein Anstieg um 49% seit 2007. Von Griechenland wird berichtet, dass 90% der Bevölkerung jegliches Vertrauen in die Regierung und in die EU verloren haben. Der Durchschnittswert aller EU Mitgliedstaaten in Bezug auf Vertrauen liegt – wie schon erwähnt – auf einem historischen Tiefstand von 31%, während der Glaube an die nationalen Regierungen etwas in den letzten Jahren gestiegen ist, von ca.

24% auf 28%. 28% bedeuten allerdings – offen gesagt – eine recht geringe Zustimmung für die Politik der Eliten!

Natürlich spielt bei all diesen Werten auch die momentane Finanzkrise eine Rolle – aber nicht nur, da diese ja nicht alle Mitgliedstaaten gleichermaßen betrifft. Es handelt sich auch um Orientierungslosigkeit. Bei aller gebotenen Skepsis Meinungsumfragen gegenüber sollten diese Zahlen nationalen Regierungen und den EU Institutionen doch sehr zu denken geben! Die Suche nach Alternativen darf nicht überraschen, sowohl was soziale *grassroot*-Bewegungen betrifft, etwa die weltweiten *Occupy*-Bewegungen; beziehungsweise links-und rechtspopulistische Parteien in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten.

In einer rezenten Untersuchung weist der deutsche Politikwissenschaftler Thomas Risse nach, dass die Mehrheit europäischer BürgerInnen zunächst ihre eigene nationale Identität hervorhebt und dann eine europäische – er bezeichnet dies als *inklusive Nationalismus*. Weiter gäbe es, meint Risse, einen *exklusiven Nationalismus*, d.h. BürgerInnen, die sich überhaupt nicht mit Europa identifizieren. Und drittens BürgerInnen, die sich ausschließlich mit Europa identifizieren – dies seien *die Europäer*. Der amerikanische Soziologe Neil Fligstein stellte, auf diesen Ergebnissen aufbauend, fest, dass diese drei Kategorien mit sozialen Schichtungen, bestimmten politischen Einstellungen und Berufsgruppen korrelieren: so seien die sogenannten Europäer eher jünger, mobiler und mehrerer Fremdsprachen mächtig, es handelt sich um Wirtschaftstreibende und Akademiker; während die Kategorie der exklusiven Nationalisten meist ältere BürgerInnen erfasst, mit keinen oder wenig Fremdsprachenkenntnissen, konservativ und weniger gebildet.

Folgt daraus etwa, dass die Europäische Union zu einem neoliberalen Eliteprojekt mutiert ist? Sind die traditionellen Unterschiede zwischen links und rechts aufgehoben oder haben sich diese verschoben?

Dies führt mich zum zweiten von mir genannten Widerspruch, zwischen den festgeschriebenen Menschenrechten und der wachsenden Tendenz zu rassistischer Rhetorik und Ausgrenzung: Grenzen sind niemals in Stein gemeißelt. Viele europäische BürgerInnen haben in den letzten 100 Jahren selbst oft leidvoll erfahren, wie oft sich Grenzen ändern bzw. geändert werden und sie sich plötzlich in einem anderen Land, einer anderen Nation befanden – bzw. als nicht mehr zugehörig erklärt wurden, sozusagen als ‚Nichtbürger‘ galten.

Die österreichische Schriftstellerin Hazel Rosenstrauch wählte 1988 einen sehr markanten Titel für ihr Buch zur Beschreibung der Ausgrenzung von Juden und Jüdinnen nach dem 12. März 1938: ‚Aus Nachbarn wurden Juden!‘ Analog könnte man heute in vielen europäischen Mitgliedsstaaten Sätze wie, ‚Aus Nachbarn werden Roma, Türken, Muslime, Juden, oder Migranten‘ bilden.

Ein Beispiel aus Großbritannien: Seit zwei Monaten fahren – zunächst als Pilotprojekt gedacht – in besonders multikulturellen Stadtteilen im konservativ regierten London Busse mit großen Aufschriften, die sogenannte illegale Migranten ermahnen, sich freiwillig bei der Polizei zu melden, um kostenlos nach Hause (außer Landes) gebracht zu werden. Würden sie dies unterlassen, so warnen die Aufschriften, würden sie als kriminell eingestuft. Polizisten sprechen gleichzeitig in London willkürlich dunkelhäutige Menschen an und verlangen deren Aufenthaltsgenehmigungen; natürlich stellt sich oft heraus, dass es sich dabei um britische Staatsbürger und nicht um ‚illegale Migranten‘ handelt! Dass solche Aktionen eher dazu dienen, Misstrauen und Angst zu schüren, ist einsichtig; dass diese gleichzeitig als ein – recht ungeschicktes - Anbieten an die ausländerfeindliche Partei UKIP verstanden werden, überrascht nicht.

Ich komme nun zum dritten Widerspruch, dem Gegensatz zwischen einer europäischen Mehrsprachigkeit und einer nationalistischen Tendenz zur Einsprachigkeit: Nationalstaaten wurden oft mit Kultur- und Sprachgemeinschaften gleichgesetzt; die Zugehörigkeit zu einer Nation bedeutet also Gemeinschaft und Macht. Max Horkheimer hat die affektive Kraft des Nationalismus in den 30er Jahren präzise auf den Punkt gebracht:

'Er [der Nationalismus] hilft dem Einzelnen in seiner Einsamkeit und Verlorenheit dadurch, dass er ihm das Bewusstsein gibt, Teil eines Großen, Wertvollen, Mächtigen zu sein.'
(M. Horkheimer ‚Nationalismus‘, in: M. Horkheimer, *Gesammelte Schriften* Band 14: Nachgelassene Schriften 1949-1972. Frankfurt/Main: Suhrkamp. 381.)

Erinnern Sie sich noch an den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995? An die vielen Ängste, was denn mit ‚unserem‘ österreichischem Deutsch passieren könnte? An die Plakate ‚Erdäpfelsalat bleibt Erdäpfelsalat‘ und ‚Alles bleibt, wie es ißt‘ (mit scharfem s)? Der österreichische Beitrittsvertrag enthält im Protokoll Nr. 10 23 österreichisch-deutsche Begriffe – die meisten bezeichnen Nahrungsmittel wie Topfen, Marille, Paradeiser, Fisolen usw. -, die für die österreichische Identität als relevant gelten, in Abgrenzung zu Deutschland und zur bundesdeutschen Varietät. Hier wurden also bewusst Sprachbarrieren sogar vertraglich errichtet, um nationale Identitäten voneinander abzugrenzen.

Anders verhält es sich in Kärnten, wo am 16. August 2011 endlich der jahrzehntelange Ortstafelstreit in einem feierlichen Festakt beigelegt wurde. Die Angst vor zweisprachigen Ortstafeln symbolisierte nicht so sehr die Angst vor einer anderen Sprache; vielmehr die Angst vor einer autochthonen Minderheit, die Angst vor einem völlig irrealen – nur in der Phantasie bestehenden – Machtverlust der deutsch-sprachigen Mehrheit, die Angst vor der Wiederkehr traumatischer Vergangenheiten und vieles andere mehr.

Heutzutage beobachten wir ein Wiederaufflammen alter und auch neuer Nationalismen; oft genug im Gewand der zu erwerbenden Nationalsprache in einem sogenannten Gastland. Die – sehr simple – Argumentation lautet: Wer genügend gut Deutsch, Englisch, Niederländisch, Finnisch, oder Ungarisch kann, der oder diejenige ist „integrierbar“. Sprachtests sind zu den (post)modernen Grenzhütern geworden. Sprachkenntnisse quasi als Eintrittskarte ins ‚gelobte Land‘! Selbstverständlich – und niemand vernünftiger würde dies bestreiten – sind Sprachkenntnisse und eine kommunikative Kompetenz für Zuwanderer (und nicht nur für diese) notwendig und wichtig. Keineswegs setzen jedoch Sprachkenntnisse andere meist arbiträre Zugehörigkeitskriterien außer Kraft. Und keineswegs schalten sie Diskriminierung, Vorurteile oder mangelnden Respekt aus. Denn Sprachkenntnisse allein machen sicher angesichts des weiterhin bestehenden *ius sanguinis* in vielen EU Staaten nicht den ‚echten Ungarn oder Österreicher‘ aus.

Ich komme zum **vierten Widerspruch** und der vorhin in den Raum gestellten Frage zurück: Wie steht es mit der schon von Robert Schuman am 9. Mai 1950 in der Schuman Deklaration beschworenen Solidarität als wichtigem europäischen Wert?

In einem bemerkenswerten Aufsatz von Oktober 2004 stellten vier bekannte Intellektuelle, nämlich Kurt Biedenkopf, Jurist und ehemaliger Präsident des deutschen Bundestages, Bronislaw Geremek, Historiker und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Krzysztof Michalski, Philosoph und ehemaliger Direktor des Instituts für die Wissenschaft des Menschen, und Michel Rocard, Abgeordneter des Europäischen Parlaments und ehemaliger französischer Premier, die Frage, was denn Europa überhaupt zusammenhalte? Was seien die oft zitierten europäischen Werte? Schon damals, kurz nach dem sogenannten *Big Bang*, dem EU-Beitritt von 10 Staaten – 8 davon aus dem ehemaligen Ostblock - am 1. Mai 2004, warnten die - sicher nicht dem linken

Lager zuzuordnenden - Autoren, dass eine rein ökonomische Integration nicht die Kraft besitzen kann, einen politischen Zusammenhalt der EU herzustellen. Die Lissabon Agenda 2000 hätten demnach keine innere Kohäsion geschaffen, denn – so die Autoren – ‚markets cannot produce a politically resilient solidarity‘. Solidarität wird als Produkt einer Zivilgesellschaft definiert, die dem ökonomischen Wettbewerb entgegenarbeitet.

Heute, 2013, realisieren wir alle - nicht nur aufgrund der vorhin zitierten Meinungsumfragen - dass Europa zunächst und vor allem soziale Kohäsion braucht. Diese könnte, so meinen Biedenkopf et al., darin bestehen, dass sich die europäischen Eliten den drängenden Herausforderungen unserer Gesellschaften explizit stellen: der zunehmenden Migration, der wachsenden Ungleichheit, ökologischen Fragen, der Alterung europäischer Gesellschaften, und Fragen des Friedenserhalts, in und außerhalb Europas. Ich ergänze hier: auch den wachsenden, oft historisch tradierten Rassismen, der Homophobie und dem Antisemitismus, wobei unterschiedliche Ausgrenzungsmuster und Kombinationen in den jeweiligen EU Mitgliedstaaten zu beobachten sind.

Der amerikanische Linguist George Lakoff, ein Diskursforscher wie ich, unterscheidet in seinen Forschungen zu ‚Sprache und Politik‘ zwei unterschiedliche **Bezugsrahmen** (sogenannte ‚Frames‘). Der erste relevante Rahmen, so Lakoff, bezieht sich auf **partikuläre Werte** wie Macht, Reichtum und Eigeninteressen, der zweite auf **universale Werte**, wie soziale Gerechtigkeit und Gemeinschaft:

Wenn man sich also eher an Markt und Konsum orientiert, dann ist es schwierig, den anderen Rahmen gleichzeitig mitzudenken; ja noch mehr – der eine Diskurs überlagert den anderen, verdrängt ihn und macht ihn quasi unsichtbar. Der politische Philosoph Michael Sandel, auch ein Amerikaner, bezeichnet dieses

sozialpsychologische Phänomen als den *corrosive effect* der Märkte, also die aushöhlende Wirkung des Marktes.

Es geht also um Arbeitslosenzahlen, Statistiken, um Defizite, Wachstum, und Sparmaßnahmen, nicht aber um Personen, deren Wohlbefinden und deren Lebenswelten. Menschen werden in einem solchen Diskurs versachlicht. Das heißt in anderen Worten, es bestehen Sprachbarrieren – zwischen einem Markt- und auf Einzelinteressen orientierten Diskurs und einer ebensolchen Politik; und einem solidaritätsorientierten Diskurs und einer ebensolchen Politik.

Wie wird aber Solidarität in Zeiten der Krise hergestellt? Darauf geben die vier prominenten Autoren keine Antwort, denn ihre Programmatik stammt aus der Zeit vor der großen Finanz- und Eurokrise.

‚Europäische Solidarität‘ – ich zitiere weiterhin Biedenkopf et al. – ‚**kann nicht** von oben verordnet werden; sie muss **mehr als** eine institutionelle Solidarität umfassen. **Die Europäer selbst** müssen sich solidarisch fühlen. Wenn es keine individuelle Solidarität gibt, dann reicht eine institutionelle Solidarität sicherlich nicht aus, um eine Polity zu begründen‘. (K. Biedenkopf, B. Geremek, K. Michalski & M. Rocard ‚Concluding Remarks‘, in *What holds Europe together?* Budapest: CEU Press. 8-9; Übersetzung RW)

Dafür bedürfe es auch, so die Autoren, einer radikalen Dezentralisierung, Entbürokratisierung und einer oder mehrerer lebendiger europäischer Öffentlichkeiten.

Pointiert könnte man also sagen: wir brauchen ein Europa der ‚Gutmenschen‘. Ein solches Europa bleibt jedoch notwendigerweise eine Utopie, wenn man an die vielen Jugendlichen denkt, die derzeit in mehreren EU Mitgliedsländern ohne Arbeit und ohne jegliche Perspektive ihr Leben fristen müssen – wie wir wissen, sind in manchen Staaten über 50% der Jugendlichen arbeitslos. Der hohe Vertrauensverlust in die EU und in die derzeitige hegemoniale ökonomische Politik kann daher nicht verwundern. Dass als

Ausweg und simple Lösung traditionelle und neue Nationalismen wie auch Sündenböcke, also Migranten, Roma, Juden, Homosexuelle oder Muslime, an Attraktivität gewinnen, darf auch nicht verwundern!

Ich kehre zum Beginn meiner Ausführungen zurück: Zur Frage, was denn der Friedensnobelpreis für die Europäische Union bedeutet, wo doch Nationalismen und Sprachbarrieren Teile europäischer Identitäten sind? Ob wir – auch angesichts des Beitritts Kroatiens – **tatsächlich von einer europäischen Erfolgstory sprechen können?** Und wie wir zu den so oft zitierten europäischen Werten, den in der europäischen Verfassung festgeschriebenen Menschenrechten, (zurück)finden?

Leider kann ich Ihnen als Sprachsoziologin kein Rezept liefern; dennoch will ich einige Vorschläge in den Raum stellen.

Aufgrund der bisherigen Überlegungen wird deutlich, dass sich die Europäische Union zurzeit an einem **Scheideweg** befindet: auf dem Weg zu einer neoliberalen Wirtschaftsunion, ungeachtet und trotz etwaiger Verletzungen der in der europäischen Verfassung festgeschriebenen Menschenrechte und der Friedensmission.

Die Alternative dazu, also der ‚ANDERE‘ Weg, bestünde im Implementieren der Menschenrechts-Charta, der Fortsetzung der europäischen Friedensmission nach innen und nach außen, in der Förderung von Partizipation und Demokratisierung, damit auch des Dialogs über Sprach- und nationale Grenzen hinweg. **Letztlich der Weg hin zu einer Solidargemeinschaft auch und gerade in Krisenzeiten!**

Weiter müssen wir aus unseren Überlegungen schließen, dass sich die europäischen und nationalen Institutionen um mehr Partizipation und Transparenz bemühen, und um die Einhaltung der festgeschriebenen Menschenrechte mehr und besser kümmern müssen – denn ansonsten wächst der Vertrauensverlust der BürgerInnen. Hier geht es um das Betonen des **Gemeinschaftsrahmens und der universalen Werte**; und um das Hintanstellen kurzfristiger ökonomischer und realpolitischer Interessen. Es kann nicht sein, dass aufgrund einer ‚Politik der Angst‘ Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden! Stete Hinweise auf scheinbar notwendige Sicherheitsmaßnahmen dürfen Europa nicht zu einer ‚Festung‘ mit verschlossenen Toren und hochgezogenen Zugbrücken verwandeln, zu der Flüchtlinge keinen Zutritt bekommen. Ansonsten hat der Friedensnobelpreis wohl sein Ziel verfehlt.

Auch Österreich – eines der reichsten Länder der Welt – könnte wohl mehr als 500 Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen, in der Tradition von Ungarn 1956 und der CSSR 1968, als wir Zig-Tausenden die Einreise ermöglicht haben!

Und schließlich kann man auch folgern, dass es ohne eine europäische Zivilgesellschaft – und das sind wir alle – nicht gelingen kann, das **europäische Projekt** trotz der vielen beschriebenen Sprachbarrieren gemeinsam, also solidarisch, weiter zu entwickeln. Mehr Diskussion und mehr Öffentlichkeit, mehr Partizipation über Sprach- und nationale Grenzen hinweg sind gefragt! Aus meiner soziolinguistischen Expertise beobachtet, entwickeln sich allerorts **gerade auch die legistischen Sprachbarrieren** zu wesentlichen Hindernissen für eine europäische Solidargemeinschaft.

Welche Sprache sollen wir also sprechen? Dazu bietet Umberto Eco eine mögliche Antwort:

, Ein mehrsprachiges, polyglottes Europa wird niemals zu einem Kontinent werden, wo Menschen sich fließend in allen anderen Sprachen unterhalten; im besten Fall, könnte Europa ein Kontinent sein, wo Unterschiede zwischen den Sprachen nicht mehr Kommunikationsbarrieren darstellen, wo Menschen einander treffen und miteinander reden, jeder und jede in der eigenen Sprache; und gleichzeitig, so gut wie möglich, die Sprache der anderen verstehend. Auf diese Weise könnten auch jene, die niemals eine andere Sprache fließend beherrschen werden, dennoch einen Einblick in das besondere kulturelle Universum erhalten, das jedes Individuum jedes Mal mit ausdrückt, wenn sie die Sprache der Vorfahren und ihrer eigenen Tradition sprechen.' (Umberto Eco, *The Search for a Perfect Language*, Oxford: Blackwells. 351; Übersetzung RW)

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, besonders in der Sprache der Musik, die keine Grenzen kennt, viel Vergnügen bei dem Brucknerfest.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!